



Niederschrift öffentlich

Sitzung des Stadtrates

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 26.11.2019 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 22:25 Uhr |
| Ort, Raum: | Rathaus, Großer Sitzungssaal, Am Forum 5, 66424 Homburg |

Anwesend

Vorsitz

Michael Forster

Mitglieder

Winfried Anslinger

Matthias Bächle

Maren Berger

Peter Böhm

Wilfried Bohn

Thorsten Bruch

Marianne Bullacher

Patrick Cappel

Pascal Conigliaro

Anja Dettweiler

Michael Eckardt

Michael Eckhardt

Markus Emser

Peter Fuchs

Dr. Eric Gouverneur

Moritz Guth

Pascal Keßler

Prof. Dr. Frank Kirchhoff

Raimund Konrad

Nathalie Kroj

Jörg Kühn

Kristina Kulzer-Weber

Katrin Lauer

Markus Loew
Melanie Loew
Jürgen Lutter
Dr. Stefan Mörsdorf
Otwin Neumann
Daniel Neuschwander
Susan O`Connor
Carola Piazzolo
Prof. Dr. Marc Piazzolo
Jürgen Portugall
Dr. Andreas Ragoschke-Schumm
Dieter Reichert
Manfred Rippel
Michael Rippel
Dorothee Rouget ab TOP 2
Ralph Rouget
Jürgen Schäfer
Barbara Spaniol
Florian Spaniol
Yvette Stoppiera-Wiebelt
Tim Friedrich Titt
Axel Ulmcke

Ortsvorsteher
Reinhold Nesselberger nur ÖS

stellvertretende Ortsvorsteher
Martin Guth nur ÖS

Ortsvertrauensleute
Hans-Joachim Kellner nur ÖS
Christine Maurer nur ÖS
Volker Motsch nur ÖS
Anni Schindler nur ÖS

Verwaltung
Madeleine Weiler
Sandra Ruth
Michael Banowitz
Christine Becker
Jürgen Kruthoff
Frank Missy

Kerstin Puchner
Ursula Schallmo
Thomas Simon
Ralf Weber
Klauspeter Nashan

Beauftragte

| | |
|--------------------|--------|
| Ute Kirchhoff | nur ÖS |
| Katharina Mörsdorf | nur ÖS |
| Nurettin Tan | nur ÖS |
| Alexander Ziegler | nur ÖS |

Abwesend

Vorsitz

| | |
|----------------------|--------------|
| Rüdiger Schneidewind | entschuldigt |
|----------------------|--------------|

Mitglieder

| | |
|-----------------------|---|
| Vanessa Haas | abwesend während Abstimmung zu TOP 9 |
| Franca Ingrao Grupico | entschuldigt |
| Sevim Kaya-Karadag | entschuldigt |
| Willibald Motsch | entschuldigt |
| Daniel Schütte | abwesend während Abstimmung zu TOP 9 |
| Daniel Wiebelt | entschuldigt |

Gäste:

Herr Hitter (bis TOP 9)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Abstimmung über die Aufnahme des TOP: "Grundstücksverkauf "Am Zweibrücker Tor"; weitere Vorgehensweise" als TOP 10
- 1.2 Abstimmung über die Absetzung von TOP 4
- 1.3 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 4.1
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2019
- 4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU: Maßnahmenkatalog für "Mehr Klimaschutz in Homburg" 2019/307/100-01-02
- 4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Die Linke: "Mehr Klimaschutz in Homburg" 2019/307/100-01-03
- 5 Antrag der FDP-Fraktion: Übertragung von Sitzungen des Stadtrates (Grundsatzbeschluss) 2019/448/100
- 6 Unterrichtungen
- 6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Planungskosten für die vom Rat beschlossene Variante 2 der Autobahn–Auffahrt Homburg–Ost 2019/425/100
- 6.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des Einzelhandels in der Innenstadt Homburg
(i) Aufarbeitung Genehmigung der Nutzungsänderung in Schuh-Fachmarkt (Saarbrückerstraße 108)
(ii) Sachstand Erweiterung Design Outlet Zweibrücken 2019/449/100
- 6.3 Antrag der AfD-Fraktion: Bericht über den aktuellen Sachstand der Planungen / Fortschritte bezüglich des Baus der B 423 (neu) 2019/450/100

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 6.4 | Antrag der AfD-Fraktion: Bericht über den Sachstand des Sonderausschusses „Reorganisation der Verwaltung“, bereits getroffene Maßnahmen, Planungen einer ersten Sitzung des Sonderausschusses, sowie über Überlegungen zur Beauftragung einer externen Organisationsprüfung | 2019/451/100 |
| 6.5 | Antrag der Fraktion Die Linke: Bericht der Stadtverwaltung zum Sachstand des Ermittlungsverfahrens rund um den Kauf eines Nachbargrundstücks betreffend das Kombi-Bad „Koi“ | 2019/453/100 |
| 6.6 | Raumordnungsentscheid mit integriertem Zielabweichungsbescheid über die geplante Erweiterung des Einrichtungshauses Möbel Martin am Sonderstandort Wilkstraße in der Stadt Zweibrücken | 2019/406/610 |
| 6.7 | Aufstellung des Bebauungsplans "Über der Schanz, 2. Teiländerung", Bruchhof-Sanddorf; hier: Rückzug des Antrages | 2019/317/610-01 |
| 7 | Allgemeine Unterrichtungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

1.1 Abstimmung über die Aufnahme des TOP: "Grundstücksverkauf "Am Zweibrücker Tor"; weitere Vorgehensweise" als TOP 10

ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende bittet aus Dringlichkeitsgründen um nachträgliche Aufnahme des Tagesordnungspunktes.

Beschluss: TOP 10 wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

1.2 Abstimmung über die Absetzung von TOP 4

ungeändert beschlossen

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU wird durch einen gemeinsamen Antrag der genannten Fraktionen sowie der Fraktionen FDP und Die Linke ersetzt (TOP 4.1).

Beschluss: TOP 4 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

1.3 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 4.1

ungeändert beschlossen

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Die Linke ersetzt den bisherigen gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU unter TOP 4.

Beschluss: TOP 4.1 wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

2 Einwohnerfragestunde

zur Kenntnis genommen

Auf die Bürgeranfrage, wer für die Ampelschaltung während der eintägigen Straßensanierungsmaßnahme in der Ringstraße verantwortlich gewesen sei, führt Frau Weiler aus, dass es sich um eine vom Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) durchgeführte Tagesbaustelle gehandelt habe, weshalb sie hierzu nur begrenzt Auskunft geben könne. Die Meldung, dass die festinstallierte und die Baustellenampel nicht synchron geschaltet seien, habe die städtische Straßenverkehrsbehörde an das LfS weitergegeben.

Herr Banowitz beantwortet die zweiten Teil der Anfrage: Nach Abschluss der Kanalbaumaßnahme in der Kirrberger Straße werde die schadhafte Straßendecke mittels Dünnschichtverfahren erneuert.

3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2019

ungeändert beschlossen

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU: Maßnahmenkatalog für "Mehr Klimaschutz in Homburg"

2019/307/100-01-02
zurückgezogen

TOP 4 wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Die Linke: "Mehr Klimaschutz in Homburg"

2019/307/100-01-03
ungeändert beschlossen

RM Piazzolo dankt allen Fraktionen, die an dem Antrag mitgearbeitet haben. Damit werde ein klares Signal nach außen gesetzt, dass man die Stadt in die Pflicht nehme. Man erkenne an, dass bereits gute und sinnvolle Maßnahmen auf den Weg gebracht worden seien, wolle die Verwaltung aber gleichzeitig darin bestärken, diesen Weg konsequent weiterzuverfolgen und in regelmäßigen, jährlichen Abständen darüber auch zu berichten.

Der nächste Schritt werde die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts sein.

RM Bruch sieht stellvertretend für die FWG-Fraktion keinen Bedarf für einen verpflichtenden Rahmen für Klimaschutz innerhalb einer Kommune, der das Handeln le-

diglich erschwere und einschränke. Klimaschutz sei eine weltumspannende Aufgabe, die nach der Top-to-down-Methode angegangen werden müsse.

RM Markus Loew schließt sich diesen Worten an. Die AfD-Fraktion erkenne den Klimaschutz nicht als zentrale Zukunftsfrage an. Zudem fehle ihm im Antrag der Augenmerk auf Homburg als Industriestandort. Viele Arbeitsplätze in Homburg hingen vom Verbrennungsmotor ab. Er bezeichnet es als wichtiges Zeichen, dass der Stadtrat diesen Antrag nicht einstimmig beschließen werde.

Beschluss: Der Maßnahmenkatalog „Mehr Klimaschutz in Homburg“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei
8 Gegenstimmen (AfD und FWG)

**5 Antrag der FDP-Fraktion: Übertragung von Sitzungen des Stadtrates (Grundsatzbeschluss) 2019/448/100
ungeändert beschlossen**

RM Eckardt begründet den Antrag seiner Fraktion insbesondere damit, dass Politik transparent und für alle Bürgerinnen und Bürger erlebbar gemacht werden müsse. Da die meisten Sitzungen des Stadtrates jedoch während der normalen Arbeitszeit stattfänden, könne ein Großteil der interessierten Homburger sie nicht auf der Zuschauertribüne verfolgen. Durch das Angebot eines Livestreams im Internet, verbunden mit einer Aufzeichnung, bestehe nahezu für jeden die Möglichkeit, die Diskussion zu verfolgen.

Bedenken wegen Datenschutzes könne er ebenso wenig nachvollziehen wie Äußerungen, dass der eine oder andere sich wegen der Aufzeichnung bei seinem Redebeitrag gehemmt fühlen könnte. Zum einen handele es sich um eine öffentliche Sitzung, zum anderen habe sich jedes Ratsmitglied freiwillig zur Wahl gestellt. Auch seien ohnehin bei jeder Sitzung Vertreter der Presse anwesend.

In der anschließenden Aussprache wird deutlich, dass die Mehrheit grundsätzlich für die Übertragung der Ratssitzungen ist. Die Diskussion dreht sich lediglich um deren technische Umsetzung. Einigkeit besteht darüber, dass die Persönlichkeitsrechte gewahrt und der Datenschutz eingehalten werden müssten. Die Verwaltung solle unter dieser Prämisse mit der Erarbeitung einer Lösung beauftragt werden.

Herr Missy mahnt, dass man angesichts der derzeitigen Haushaltssituation bei der technischen Umsetzung auch die Kosten für Personal- und Technikeinsatz im Auge behalten müsse.

RM Ulmcke wirft vor diesem Hintergrund die Frage auf, ob die kostengünstigere Variante der reinen Tonübertragung den Zweck nicht genau so erfüllen würde. In diesem Zusammenhang plädiert er dafür, die Redezeit mithilfe einer Stoppuhr zu begrenzen.

Beschluss: Die öffentlichen Teile von Stadtratssitzungen werden per Video-Stream live ins Internet übertragen, Mitschnitte wenige Tage nach der jeweiligen Ratssitzung als Video auf der Internetseite der Stadt verfügbar gemacht.

Die Verwaltung wird mit der technischen Umsetzung in vertretbaren zeitlichen Rahmen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei
3 Gegenstimmen (SPD, CDU) sowie
2 Enthaltungen (CDU)

6 Unterrichtungen

6.1 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Planungskosten für die vom Rat beschlossene Variante 2 der Autobahn–Auffahrt Homburg–Ost**

2019/425/100
zurückgestellt

BM Forster berichtet, dass sich man sich zurzeit in Abstimmung mit dem Verkehrsministerium als Aufsichtsbehörde des LfS befinde, um das weitere Vorgehen zu besprechen und die Entstehung unnötiger Kosten zu vermeiden.

Die Beantwortung der Anfrage wird auf Bitte des Vorsitzenden deshalb mit Einverständnis der Fraktion Bündnis 90/De Grünen bis nach Abschluss der Gespräche mit dem Ministerium vertagt.

6.2 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des Einzelhandels in der Innenstadt Homburg**

2019/449/100
zur Kenntnis genommen

- (i) Aufarbeitung Genehmigung der Nutzungsänderung in Schuh-Fachmarkt (Saarbrückerstraße 108)**
- (ii) Sachstand Erweiterung Design Outlet Zweibrücken**

i)

Der Bürgermeister berichtet, dass interne Vorermittlungen eingeleitet worden seien und kurz vor dem Abschluss stünden. Diese könnten, müssten aber nicht zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens bzw. eines arbeitsrechtlichen Verfahrens führen. Auch sei der Antikorruptionsbeauftragte mit der Prüfung beauftragt worden.

Welche organisatorischen Maßnahmen als Konsequenz ergriffen werden, werde er in Abstimmung mit der Stabsstelle zur Reorganisation der Verwaltung im ersten Quartal des kommenden Jahres darstellen.

Der Baudirektor Herr Banowitz skizziert daraufhin noch einmal die Rechtslage bezüglich der Genehmigung des Schuhmarktes insbesondere unter dem Aspekt, dass es sich bei einer Verkaufsfläche unter 800 qm um einen sogenannten Nachbarschaftsladen handele.

Danach fügt der Vorsitzende hinzu, dass man derzeit die Kernfrage prüfe, ob überhaupt eine Möglichkeit bestanden hätte, eine solches Vorhaben durch eine Bauleitplanung verhindern.

RM Neuschwander erläutert die Beweggründe der SPD-Fraktion, im BUA der Nutzungsänderung zuzustimmen. Nachdem das Einkaufscenter auf dem Enklerplatz nicht realisiert worden sei, stelle der in Cityrandlage angesiedelte Schuhmarkt mit einer Verkaufsfläche von 795 qm eine sinnvolle Ergänzung zum Innenstadtangebot dar. Eine Aktualisierung des Einzelhandelskonzepts sei dringend erforderlich. Er kritisiert zudem, dass einige Ratsmitglieder unbedingt den Namen des Grundstückseigentümers hätten erfahren wollen, obwohl dies für die Entscheidung doch absolut irrelevant gewesen sei.

RM Ulmcke stellt das Märktekonzept angesichts der Aussage von Herrn Banowitz, dass man bei einer Verkaufsfläche weniger 800 qm keinen Einfluss auf die Sortimentierung habe, ebenfalls in Frage.

Der Vorsitzende schlägt abschließend vor, das Ergebnis der verwaltungsinternen Prüfung der Frage, ob die nun eingetretene Situation zu verhindern gewesen wäre, noch einmal durch externen Sachverstand überprüfen zu lassen.

ii)

BM Forster teilt zum Verfahren mit, dass es momentan noch keine formale Beteiligung der Stadt an der geplanten Änderung der Bauleitplanung gebe. Er habe jedoch bereits Kontakt mit Neunkirchen und Pirmasens aufgenommen.

Das „Agreement“ mit Zweibrücken habe Niederschlag in damaligen Bebauungsplan gefunden. Gemäß dieser Vereinbarung sei die ursprünglich geplante Verkaufsfläche von 48.000 qm auf 21.000 qm reduziert und auf den Bau sogenannter „interactive stores“ verzichtet worden. Im Gegenzug habe Homburg die Klage zurückgezogen.

Der Vorsitzende sagt zu, den Stadtrat über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

6.3 Antrag der AfD-Fraktion: Bericht über den aktuellen Sachstand der Planungen / Fortschritte bezüglich des Baus der B 423 (neu) **2019/450/100**
zur Kenntnis genommen

BM Forster berichtet, das Planfeststellungsverfahren sei beim Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) anhängig, der derzeit die mehr als 800 eingegangenen Einwendungen bearbeite. Ein Erörterungstermin stehe noch nicht fest. Aufgrund der Einwendungen könne es laut LfS zu teilweisen Planungsänderungen kommen. Der eigentliche Trassenverlauf sei nach derzeitigem Stand jedoch nicht betroffen.

6.4 Antrag der AfD-Fraktion: Bericht über den Sachstand des Sonderausschusses „Reorganisation der Verwaltung“, bereits getroffene Maßnahmen, Planungen einer ersten Sitzung des Sonderausschusses, sowie über Überlegungen zur Beauftragung einer externen Organi- **2019/451/100**
zur Kenntnis genommen

sationsprüfung

Der Bürgermeister kündigt an, dass der Sonderausschuss noch in diesem Jahr tagen und es dort einen Sachstandsbericht geben werde. Er könne jedoch bereits sagen, dass die Stabsstelle regelmäßig tage und bereits zahlreiche Mitarbeiter-Workshops stattgefunden hätten. Anfang nächsten Jahres werde der Prozess, der schließlich in einer neuen Aufbau- und Ablauforganisation münden solle, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission fortgeführt.

6.5 **Antrag der Fraktion Die Linke: Bericht der Stadtverwaltung zum Sachstand des Ermittlungsverfahrens rund um den Kauf eines Nachbargrundstücks betreffend das Kombi-Bad „Koi“** **2019/453/100** zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende bittet um Verständnis, dass er zum staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren nichts sagen könne.

Darstellen könne er jedoch die Abläufe sowie den Sachverhalt, auf den er von der überörtlichen Prüfung hingewiesen worden sei. Eine erste Bewertung habe ergeben, dass ein strafrechtlich relevantes Verhalten nicht ausgeschlossen werden könne. Deshalb habe er daraufhin die Fraktionsvorsitzenden eingeladen und über den Sachverhalt sowie dessen Weitergabe an die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt.

Nachdem der Bürgermeister den Sachverhalt noch einmal ausführlich dargestellt hat, sagt er, dass man nun die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abwarten müsse.

RM Spaniol stellt fest, dass der Abschluss eines Gestattungsvertrags sowie eines Optionsvertrages nicht in den Gremien behandelt worden seien.

Der Hauptamtsleiter Herr Missy entgegnet, dass eben dieser Vertrag später mit knapper Mehrheit vom Stadtrat beschlossen worden sei. Nicht im Stadtrat behandelt worden sei hingegen das „Vorgeschäft“, nämlich die Einräumung der Option, welche jedoch unterhalb der damals geltenden Schwelle für die Beteiligung des Stadtrates und somit im Bereich der laufenden Verwaltung gelegen habe. Nach Aktenlage sei dies zur Sicherung des Grundstücks gemacht worden.

Der Kämmerer Herr Weber ergänzt, dass die Geltungserklärung beim Notar erst abgegeben worden sei, nachdem der Stadtrat den Kauf beschlossen hatte.

Der Bürgermeister fügt hinzu, hätte der Stadtrat dem Grundstückskauf nicht zugestimmt, wäre die Optionsgebühr fällig geworden.

Auf Nachfrage von RM Anslinger erläutert Herr Missy die faktische Notwendigkeit zum Erwerb des besagten Grundstücks, da das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) erst im laufenden Baugenehmigungsverfahren eine Retentionsfläche für den Bau des Kombibades gefordert hatte. Im ursprünglichen Bebauungsplan sei noch keine planerische Bewältigung des HQ 100 Problematik erfolgt, da zum Zeitpunkt des Planaufstellungsverfahrens dies vom LUA noch nicht zum Thema gemacht worden sei.

6.6 Raumordnungsentscheid mit integriertem Zielabweichungsbescheid über die geplante Erweiterung des Einrichtungshauses Möbel Martin am Sonderstandort Wilkstraße in der Stadt Zweibrücken **2019/406/610**
zur Kenntnis genommen

6.7 Aufstellung des Bebauungsplans "Über der Schanz, 2. Teiländerung", Bruchhof-Sanddorf; **2019/317/610-01**
hier: Rückzug des Antrages zur Kenntnis genommen

7 Allgemeine Unterrichtungen

./.